24.11.2026

SPD-Gemeinderatsfraktion
Fraktionsvorsitzender Erich Klauser

Rede zum Haushalt für 2027 & 2028

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Ruppaner,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
werte Mitarbeitende der Verwaltung,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

noch nie standen wir vor solch großen Herausforderungen wie bei der Befassung mit dem Haushalt für die Jahre 2027/2028. Schon für die Jahre 2025 und 2026 mussten Korrekturen vorgenommen werden, denn es zeichnete sich eine veränderte Haushaltslage deutlich ab. Nun ist es noch dramatischer geworden. Die Steuereinnahmen sind merklich gesunken, auf der Ausgabenseite ist genau das Gegenteil zu verzeichnen. Am Beispiel der Gewerbesteuer wird das ganz deutlich. Hier gehen wir von rund 60 Mio. Euro Einnahmen aus. Gleichzeitig sind für die Kreis-, Finanzausgleichs- und Gewerbesteuerumlage im Jahr 2026 rund 61,5 Mio. Euro, im Folgejahr voraussichtlich 64 Mio. Euro abzuführen. Erschwerend kommt hinzu, dass die liquiden Mittel aus den guten Jahren aufgebraucht oder zur Finanzierung der begonnenen Projekte gebunden sind.

Dieser Haushalt ist mit beträchtlichen Risiken versehen. Aus unserer Sicht ist bspw. fraglich, ob die vorgesehenen Erlöse aus den Grundstücksverkäufen einigermaßen realistisch angesetzt sind. Zudem sind auf der Ausgabenseite Pflichtaufgaben der Stadt bisher nicht im Haushalt verankert.

Wir schieben schon lange in unserem Investitionsprogramm wichtige Projekte vor uns her, viele dieser aufgeschobenen Projekte kommen noch aus der Zeit ihres Vorgängers, Herr Oberbürgermeister. Dies betrifft vor allem unsere Schulen. Diese müssen in allen Stadtteilen saniert und ausgebaut werden. In gute Bildung zu investieren, ist unserer Meinung nach die wichtigste Aufgabe.

Angesichts steigender Schülerzahlen und des zusätzlichen Schülerjahrgangs aufgrund des Umstiegs von G 8 auf G 9 müssen wir das vorgeschlagene Investitionsprogramm im Bereich Schulen grundsätzlich überarbeiten, die Zeppelinschule muss fertig gestellt werden, belastbare Aussagen zur Lindachschule und der Eichbergschule getroffen und der Raumbedarf an den Kantschulen und am PMHG muss jetzt angegangen und darf nicht nochmals geschoben werden. Das sind wir den Kindern, Eltern und den Lehrerinnen und Lehrern schuldig.

Unmittelbaren Handlungsbedarf sehen wir auch beim Hitzeschutz. Wir können nicht noch einen heißen Sommer abwarten und unsere Kinder bei Temperaturen von weit über 30 Grad in überhitzten Räumen lernen lassen. Für den Hitzeschutz sind daher Finanzmittel einzustellen und ein standardisiertes Konzept zu erarbeiten.

Auch für die Kindertageseinrichtungen brauchen wir laufend Mittel für die Instandhaltung. Rechtzeitige Umsetzung hätte uns viel Geld gespart. Im vorliegenden Haushaltsentwurf sind seitens der Verwaltung die Investitionen in die Regenbogen-Kita und den Standort Sonnenbühl gestrichen. Ist das das richtige Signal? Wir brauchen weiterhin mehr Transparenz bei der Kinderbetreuung und intensivere Beteiligung der Eltern und der Elternvertretungen. Bei der Diskussion um die angemessenen Öffnungszeiten der Kitas muss ein Prozess organisiert werden, der Fraktionen und Elternvertretungen frühzeitig einbindet. Nur so schaffen wir es, vertretbare Kompromisse zu finden. Wir können uns jedenfalls nicht vorstellen, dass am Ende des Prozesses nur in einer Kita je Ortsteil eine verlängerte Öffnungszeit angeboten wird.

Zu den bereits begonnenen Projekten zählt des Gartenhallenbad in Leinfelden. Hier werden in den nächsten 2 Jahren noch rund 14 Mio. Euro notwendig sein. Unsere Stadt hat in den vergangenen Jahrzehnten eine umfangreiche Infrastruktur aufgebaut. Diese zu erhalten, wird zunehmend schwieriger werden. Da auch dies unsere Bürgerinnen und Bürger betrifft, erwarten wir hier eine regelmäßige Beteiligung der Einwohnerschaft in Form von Einwohnerversammlungen, die jetzt auf unseren Antrag von vor 2 Jahren am 30.09.2027 erstmals wieder durchgeführt wird. Wir müssen transparent kommunizieren und die Menschen mitnehmen und unsere Entscheidungen nachvollziehbar erklären.



Die finanzielle Lage zwingt uns auch, über nicht begonnene Projekte nachzudenken. Als Beispiel nenne ich die Zentralisierung unserer Verwaltung, die heute noch in 13 Standorten dezentral untergebracht ist und ein effektives Arbeiten erschwert und die möglicherweise auch dazu führen wird, Mieten und andere Kosten zu sparen. Wir kritisieren hier sehr deutlich, dass eine umfassende Darstellung der Kosten und eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung die das für und wider eines Zentralen Rathausstandortes mit Fakten hinterlegt, bisher fehlt. Gestern haben wir erfahren, dass die Sitzung des Gemeinderats zu diesem Thema heute in einer Woche öffentlich durchgeführt wird. Das begrüßen wir ausdrücklich. Die Beratungsunterlagen hierzu erhalten wir allerdings erst am kommenden Freitag. Mit diesem Sitzungsablauf sind wir nicht zufrieden. Zunächst hätte die Präsentation der Sitzungsvorlage zum zentralen Rathaus terminiert werden müssen und dann in einem nächsten Schritt die Haushaltsreden gehalten. Es geht immerhin um eine Investition von mehr als 25. Mio. Euro.

Bei allen Sparmaßnahmen geben wir zu bedenken, dass Vereine, Organisationen und andere Einrichtungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Menschen in unserer Stadt ungeheuer wichtig sind. Hier darf nicht am falschen Platz gespart werden. Wir beantragen deshalb die dauerhafte Finanzierung der Mobilen Jugendarbeit aus dem städtischen Haushalt um damit den aufgetretenen Konflikten im öffentlichen Raum entgegen zu treten. Wir möchten zudem die Personal- und Raumsituation der Volkshochschule endlich verbessern. Auch hier drängt die Zeit, da die VHS-Räume in Musberg zum Jahresende 2027 geräumt werden müssen und bei der Programmgestaltung im Frühjahr 2027 klar sein muss, wohin die Reise geht.

Wir müssen nicht nur die Ausgaben betrachten, sondern auch weitere Einnahmen ermöglichen. Wir unterstützen deshalb die Bemühungen, Arbeitsplätze in LE zu erhalten, die Möglichkeit für die Ansiedlung neuer Betriebe zu sorgen und endlich auch im Wohnungsbau den dringend notwendigen Wohnraum zu schaffen. Auch deshalb sind Änderungen von Bebauungsplänen und Bereitstellung von Gewerbeflächen wichtig.

Um mehr Klarheit für die kommenden Jahre zu erhalten, haben wir als SPD-Fraktion eine Reihe von Anträgen erarbeitet, deren Beantwortung wir für die ab Januar anstehenden Entscheidungen für den Haushalt 2027/2028 voraussetzen.



Lasst uns trotz aller Herausforderungen zuversichtlich sein, wir wollen für unsere Ideale der Gerechtigkeit und Solidarität eintreten mit Mut und Selbstvertrauen. Unser Handeln muss dazu beitragen, dass Dinge besser werden.

Abschließend möchten wir uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für Ihre engagierte Arbeit , die wir über die Maßen wertschätzen, von Herzen bedanken. Wir wünschen uns allen im Interesse unserer Stadt ergebnisorientierte Beratungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

24.11.2026

SPD-Gemeinderatsfraktion

Haushaltsanträge 2027 & 2028

- **Handlungsbedarfe an den Schulen**

  Bildung ist eine kommunale Pflichtaufgabe und hat für uns eine sehr hohe Priorität. In unserer Stadt wird es, abweichend vom Landestrend, auf absehbare Zeit steigende Schülerzahlen geben. Der Vorlage 2026/073 ist zu entnehmen , dass die Schülerzahlen von heute 3.843 auf 4.088 im Jahr 2031/32 steigen werden. Zudem kommt auf die Gymnasien ab 2032/33 ein zusätzlicher Jahrgang zu. Jüngst wurde in einer Sitzung berichtet, dass bis 2040 in Leinfelden-Echterdingen ebenfalls entgegen dem Landestrend die Einwohnerzahlen um 4 % zulegen. Nicht zuletzt aufgrund der Diskussionen mit Eltern und Schulleitungen in den vergangenen Wochen ergeben sich für die SPD-Fraktion etliche dringliche Handlungsbedarfe. Zunächst muss die Kommunikation zwischen allen Beteiligten schnell verbessert werden. Wir beantragen mindestens einmal im Jahr einen Informationsaustausch Schulen vorzusehen, bei dem seitens der Verwaltung nicht nur das Amt für Schulen, Jugend und Vereine sondern auch das technische Dezernat vertreten ist. Bei Bedarf kann es auch einen engeren Sitzungsturnus geben. Für Hitze- und Sonnenschutz an den Schulen ist bereits im Haushaltsplan 2027/28 ein auskömmlicher Betrag einzustellen. Hier besteht ein dringender nicht aufschiebbarer Handlungsbedarf. Die steigenden Raumbedarfe aufgrund des Umstiegs von G8 auf G9 spätestens ab 2030/31 mit einem Bedarf von zunächst 4 zusätzlichen Klassenräumen, der dann auf 7 Klassenräume allein in Leinfelden steigen wird, sind bisher nicht im Haushalt abgebildet. Die Planung u.a. für die Bereitstellung der erforderlichen Klassenräume und der außerdem benötigten Fachräume muss aus unserer Sicht sofort starten, da bereits 2030/31 deutliche Engpässe zu erwarten sind. Die Zeit drängt also. Wir beantragen Planungsraten für die Kantschulen und das PMH-Gymnasium vorzusehen.
  Die bereits im Frühjahr 2025 angekündigte Machbarkeitsstudie für die Kantschulen liegt der Verwaltung zwischenzeitlich wohl vor und soll nochmals extern überprüft werden und erst im 1. Halbjahr 2027 vorgestellt werden. Diese Zeit haben wir nicht. Wir beantragen, die Machbarkeitsstudie unmittelbar den zuständigen Gremien vorzulegen. Bezüglich der Sanierung und Instandhaltung an Schulen bitten wir ebenfalls um regelmäßige mündliche Berichte im VKS.
  Aufgrund des massiven Sanierungsstaus an den Schulen (insbesondere Lindachschule, Eichbergschule, Kant- Schulen, Philipp-Matthäus-Hahn Gymnasium) und den dringenden Erweiterungsmaßnahmen beantragen wir eine Überarbeitung des Investitionsprogramms im Bereich Schulen und ein Vorziehen der damit verbundenen Investitionen. Die Maßnahmen müssen bereits in den nächsten beiden Jahren intensiv angegangen werden. Bildung

hat für uns Priorität. Wir bitten die Verwaltung, hier noch im Lauf der Haushaltsberatungen entsprechende Vorschläge vorzulegen.
Wir bitten schließlich nachdrücklich darum, die WLAN-Probleme an der Goldwiesenschule zu lösen. Die Goldwiesenschule ist die letzte Schule in der Stadt ohne ein reibungslos funktionierendes Internet. Der im Lehrplan vorgesehene Unterricht mit IPads ist damit nicht durchgängig möglich. Das darf nicht sein.

- **Kinderbetreuung: Mehr Transparenz schaffen**

  Zur Vorbereitung der Diskussion um die „angemessenen Öffnungszeiten“ in den Kitas und um einen mit Fakten hinterlegten Überblick über die Situation in den Kitas zu erhalten, bitten wir um eine aktuelle Aufstellung der verfügbaren Plätze, der nicht besetzten Stellen, der Ausfalltage, der eingeschränkten Gruppen und der Öffnungszeiten. Zudem bitten wir um Aussagen, wie lange es im Durchschnitt dauert, bis eine Stelle wiederbesetzt ist. Befinden sich alle nicht besetzbaren Stellen tatsächlich auch im Ausschreibungsverfahren? Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich Öffnungszeiten nicht nur an den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern auch an den Bedarfen der Eltern orientieren. Wir beantragen deshalb einen Prozess zu organisieren, der die Fraktionen und die Elternvertretungen frühzeitig mit einbindet. Nur so schaffen wir es, vertretbare Kompromisse zu finden. Wir können uns nicht vorstellen, dass am Ende der Diskussion nur an einer Kita in einem Ortsteil eine verlängerte Öffnungszeit angeboten wird. Die bisher bis August 2027 befristeten Springerstellen bitten wir zu entfristen. Im vorliegenden Haushaltsentwurf sind seitens der Verwaltung die Investitionen in die Regenbogen-Kita und den Standort Sonnenbühl gestrichen. Wir bitten um einen Bericht der Verwaltung, wie diese Entscheidung begründet ist.

- **Standardisierter Hitzeschutz an Schulen, Kitas und Spielplätzen**

  In Anbetracht der sich stetig verschlimmernden Hitzesommer beantragen wir, die Konzeptionierung eines standardisierten Hitzeschutzes an jenen Orten, an denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten: Schulen, Kitas und Spielplätze. Demnach sollen einheitliche und flächendeckende Lösungen, wie etwa Bäume und Sonnensegel, um Schatten zu spenden, oder Grünflächen und Wasserelemente, um das Mikroklima zu senken, gefunden werden. Die im Haushaltsentwurf gekürzten Mittel bei Spielplätzen sollen zudem auf den ursprünglichen Betrag zurückgesetzt werden. Wir bitten sehr zeitnah um einen Bericht über die erforderlichen Maßnahmen zum Hitzeschutz in den Kitas. Insbesondere bei den Schlafräumen in den Container-Kitas sehen wir bereits im Doppelhaushalt 2027/28 Handlungsbedarf und beantragen die Einstellung eines angemessenen Betrags in den Haushalt.

- **Schulsozialarbeit: Investition in die Zukunft**

  Nach den uns vorliegenden Informationen gibt es an den Schulen der Stadt rund 6 Stellen für die Schulsozialarbeit, die allerdings mit ganz unterschiedlichen Stellenanteilen auf die Schulen verteilt sind. Schulsozialarbeit ist nicht nur pädagogisch unverzichtbar, sie rechnet sich auch, weil dadurch verhindert wird, dass „Probleme“ überhaupt zu „Fällen“ werden. Wir beantragen einen Bericht über die Schulsozialarbeit im Verwaltungs-, Kultur- und Sozialausschuss (VKS) um beurteilen zu können, ob das Ausmaß an Schulsozialarbeit angemessen und am Bedarf orientiert verteilt ist.

- **Dauerhafte Finanzierung der Mobilen Jugendarbeit**

  Um den zunehmenden Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum effektiv und langfristig zu begegnen, beantragen wir die bislang befristet von der Stadt finanzierte Personalstelle der Mobilen Jugendarbeit des Stadtjugendrings dauerhaft zu fördern. Die Gegenfinanzierung soll dabei nicht aus dem bisherigen Budget des Jugendbereichs umgeschichtet werden, sondern mit Mitteln außerhalb dieses Bereichs erfolgen.

  Finanzierung: Nötig sind konsumtive Mittel in Höhe von rund 50.000 € jährlich. Deckungen sollen aus der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Produktgruppe 11.30), kommen, z.B. Einsparungen bei Print-Medien, Screendesign und sonstiger nicht gesetzlich vorgeschriebener PR-Arbeit.

- **Vorstand der Elternvertretungen ins Amtsblatt**

  Wir beantragen das Redaktionsstatut des Amtsblatts dahingehend zu ändern, dass alle Gesamtelternbeiräte der Stadt von den Kitas und Schulen künftig bei Bedarf Artikel im Amtsblatt veröffentlichen können. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Arbeit von Elternvertretungen nicht durchgängig bei den Eltern bekannt und die Möglichkeiten das Amtsblatt zu nutzen sehr unterschiedlich sind. Im Interesse der Gleichbehandlung sollte hierfür eine praxisorientierte Regelung gefunden werden. Ein Artikel pro Monat wäre etwa eine gangbare Lösung.

- **Volkshochschule: Personal- und Raumsituation verbessern**

  Die Volkshochschule (VHS) steht vor großen Herausforderungen. Es fehlen knapp 30 % der Personalstunden im Vergleich zu der Personalausstattung von vor 2 Jahren. Die Aufgaben, insbesondere bei den Integrationskursen, sind dagegen gewachsen. Die Fürsorgepflicht gegenüber dem Mitarbeitenden führt für uns zu einem beträchtlichen Handlungsbedarf. Wir bitten darum, zeitnah entsprechende Vorschläge vorzulegen wie die Personalausstattung verbessert werden kann. Zudem besteht das bereits seit längerem bekannte Raumproblem. Die Schulungsräume in Musberg müssen bis Ende 2027 geräumt sein. Für die Planung des Herbstprogramms 2027 muss bereits im

Frühjahr 2027 klar sein, welche Räume der VHS künftig zur Verfügung stehen. Ansonsten entstehen Einnahmeverluste für die Stadt. Wir beantragen deshalb, zeitnah eine Vorlage bezüglich der künftigen Unterbringung der VHS vorzulegen.

- **Intensivere Befassung mit Haushaltsthemen im VKS**

  Angesichts der hohen Risiken im Haushalt sowohl auf der Einnahmen- als auch der Ausgabenseite sowie der vermutlich sehr hohen Ermächtigungsüberträge ist für den Gemeinderat eine intensive Begleitung des Haushaltsvollzugs und ein fundierter Überblick leider nicht mehr möglich. Wir beantragen deshalb, dass der Verwaltungs-, Kultur- und Sozialausschuss künftig nicht mehr halbjährlich, sondern einmal im Quartal über den Haushaltsvollzug informiert wird. Unabhängig davon ist das Gremium über unvorhergesehene Dinge schnellstmöglich zu informieren.

- **Bauturbo-Analyse für mehr bezahlbares Wohnen**

  Wir beantragen eine Aufstellung durch die Stadtverwaltung, welche Flächen im Eigentum der Stadt mithilfe des sogenannten „Bauturbos“ (§246e BauGB) zügig mit Wohnungen bebaut oder nachverdichtet werden können. Am Ende dieser langfristig angesetzten Strategie sparen sowohl die Stadt als auch potentielle Investoren durch den stark reduzierten Bürokratieaufwand des Bauturbos enorme Kosten, wodurch auf eben diesen Flächen Wohnungen mit bis zu 50% gefördertem Wohnraum entstehen sollen. Dieser Antrag folgt damit dem Ziel, kostenneutral bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, da der Bau selbst von Externen durchgeführt wird.

- **Wohnungen sind zum dauerhaften Wohnen da – Leerstand vermindern und Kurzzeitvermietungen einschränken**

  Wohnungen werden in unserer Stadt dringend gesucht, vor allem bezahlbarer Wohnraum ist schwer zu finden. Trotzdem standen im Mai 2022 insgesamt 635 Wohnungen leer und es werden immer mehr Wohnungen dem Wohnungsmarkt entzogen, weil sie über Kurzzeitvermietungen bei „AirBnB“ oder anderen Portalen angeboten werden oder einfach unter der Hand in die Kurzzeitvermietung gehen. Das passt nicht zusammen. Deshalb ist die SPD-Fraktion schon seit vielen Jahren an diesem Thema dran. Im Februar 2026 hat nun der Gemeinderat auf unsere Initiative hin endlich beschlossen, dass sich die Verwaltung des Themas annimmt und durch geeignete Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit versucht, Vermieter zur dauerhaften Vermietung zu motivieren. Im Oktober 2026 ist dazu erstmals ein Amtsblattartikel erschienen. Wir beantragen das in regelmäßigen Abständen zu wiederholen und künftig auch mit den verfügbaren Fakten aus dem Zensus 2022 zu hinterlegen (Warum stehen Wohnungen wie lange leer?). Zudem bitten wir um Antwort auf folgende Fragen: Wann wird das Thema Zweckentfremdungssatzung, deren Erstellung der Gemeinderat am 24.02.2026 beschlossen hatte, beim Runden Tisch Wohnen, wie bereits angekündigt, intensiv besprochen? Wie ist der

Arbeitsfortschritt bei der Erarbeitung der Zweckentfremdungssatzung? Wir bitten außerdem um einen kurzen Sachstandsbericht zu den auftretenden Synergieeffekten bei der Recherchen nach den Unterkünften, die sich im Rahmen der Einführung der Übernachtungssteuer ergeben.

- **Neupriorisierung Tiefbau**

  Um das baufällige städtische Straßennetz trotz eingeschränktem finanziellen Spielraum effizient sanieren zu können, beantragen wir gestaltende Elemente für Straßensanierungsmaßnahmen gänzlich zu streichen, die Priorisierung der „Strategie Straßenbaumaßnahmen“ (Abwägen von Zustand & Wichtigkeit zu sanierender Straßen) konsequent anzuwenden und die flexible Verwendung von Investitionen (§6 (3) Betriebssatzung SW-LE) der Stadtwerke flächendeckend einzusetzen. Dadurch entstehen auch finanzielle Spielräume, die auch für die Umsetzung anderer Haushaltsanträge durch unsere Fraktion genutzt werden können.

- **Laufende Unterrichtung über Personalsituation**

  Die finanziellen Rahmenbedingungen stellen Verwaltungsspitze, Mitarbeitende aber auch den Gemeinderat vor enorme Herausforderungen. Der Arbeitsdruck in der Verwaltung ist in vielen Ämtern erheblich gewachsen. Im Sommer 2026 hatte der Oberbürgermeister in der Presse eine 4-monatige Wiederbesetzungssperre angekündigt. Wir sind uns unserer Verantwortung für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung sehr bewusst und bitten um eine kurze Vorlage zur Zahl der nicht besetzten Stellen, der Krankheitstage und der aufgelaufenen Überstunden. Um die Entwicklung besser einordnen zu können, bitten wir darum die letzten 4 Jahre zu betrachten. Weiter bitten wir um Auskunft, wie viele Personen mit welchen Beschäftigtenumfängen die Stadtverwaltung im letzten Jahr verlassen haben und welche neu hinzugekommen sind.
  In der Vergangenheit gab es für die Fraktionen Gelegenheit zum Meinungsaustausch mit dem Personalrat. Leider fanden solche Gespräche in der jüngsten Vergangenheit nicht mehr statt. Wir bitten darum einen solchen Meinungsaustausch mit den Fraktionen mindestens jährlich, bei Bedarf auch unterjährig vorzusehen.

- **Beteiligung der Bürgerschaft ausbauen**

  Auf unseren Antrag aus den Beratungen zum laufenden Doppelhaushalt hin findet am 30.09.2027 erstmals seit vielen Jahren wieder eine Einwohnerversammlung in Leinfelden-Echterdingen statt. Wir beantragen, dies künftig nach § 20a der Gemeindeordnung Baden-Württemberg regelmäßig einmal jährlich zu tun. Wichtige Gemeindeangelegenheiten sollen mit den Einwohnerinnen und Einwohnern erörtert werden.

- **Sparen bei der Vergabe externer Planungsaufträge**

  Wir beantragen, dass externe Planungsaufträge grundsätzlich nur dann vergeben werden, wenn sicher ist, dass die damit verbundenen Investitionen auch in zeitlich absehbarer Nähe realisiert werden.

- **Ehrenamt braucht Hauptamt**

  Viele wichtige Aufgaben in der Stadt werden von Menschen bewältigt, die sich enorm im Ehrenamt engagieren. Dafür sind wir sehr dankbar. Ehrenamt braucht allerdings verlässliche hauptamtliche Unterstützung und Begleitung. Den Fraktionen des Gemeinderats wurde berichtet, dass der aktuelle Vorstand des Stadtseniorenrats, der überwiegend seit Sommer 2020 im Amt ist, aktuell aufgrund der befristeten Arbeitsverträge bereits mit dem siebten Wechsel auf dem Arbeitsplatz “Koordination Seniorenarbeit“ konfrontiert ist. Noch mehr Arbeit im Ehrenamt, ein Verlust von Knowhow und eine Verschiebung von wichtigen Aufgaben sind die Folge. Mehr Kontinuität in der personellen Ausstattung würde helfen. Die SPD-Fraktion bittet deshalb um Prüfung, in wie weit auch bei der **Koordination der Seniorenarbeit eine Poolstelle** (zumindest mit einem Beschäftigungsumfang von 50 %) eingerichtet werden kann. Mit dieser Maßnahme wurden im Kitabereich sehr positive Erfahrungen gemacht und auch der Aufwand der Verwaltung bei den ansonsten nötigen Neubesetzungsverfahren wäre spürbar reduziert.

- **Hitzeschutz verbessern und sichtbare Maßnahmen ergreifen**

  Die Sommer werden immer wärmer: Wir müssen die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum erhöhen. Wir brauchen dort mehr großkronige Bäume, die mit Hitze umgehen können, die Schatten spenden und einen Beitrag zur Absenkung der hohen Temperaturen leisten. Wir beantragen, dass in einem ersten Schritt 100 Bäume gepflanzt werden. Umsetzbar wäre das etwa durch Baumpatenschaften zur Bewässerung, die Anwohnerinnen und Anwohner sowie Kitas und Schulen übernehmen.

Für die SPD-Gemeinderatsfraktion

Erich Klauser Fraktionsvorsitzender	Barbara Sinner-Bartels stv. Fraktionsvorsitzende	Joël J. Jetter